

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 10

Artikel: Wie Chruschtschow den Westen schlagen will
Autor: Lebedew, Valerian P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337002>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VALERIAN P. LEBEDEV

Wie Chruschtschow den Westen schlagen will

*Der Kampf gegen den westlichen Kapitalismus findet in den
Berufsschulen statt*

Nichts hat die Sowjets seit Stalins Tod so sehr beeindruckt wie der industrielle Vorsprung, den der Westen trotz ungeheuren Anstrengungen Moskaus immer noch hält. Im Kreml ist man sich auch über die Ursachen der eigenen mangelnden Leistungsfähigkeit im klaren. Die Sowjetindustrie ist im allgemeinen maschinell noch immer nicht gut ausgerüstet, und der Leistungsstand der Arbeiter und Techniker läßt noch immer zu wünschen übrig. Diese beiden Faktoren sind noch immer entscheidend dafür, daß ein amerikanischer Arbeiter auch heute noch viermal soviel produziert wie ein sowjetischer Arbeiter. Um den Leistungsstand in den wichtigsten Berufen zu heben, hat die Sowjetregierung ein geradezu gigantisches Programm anlaufen lassen. Durch ein *ungeheures Zwangssystem* soll bereits die Schuljugend während der Schulzeit beruflich ausgebildet werden. Aus den Äußerungen maßgeblicher Sowjetpolitiker geht hervor, daß der Kreml gegenwärtig im Begriffe ist, im Zeichen der wirtschaftlich friedlichen konkurrierenden Koexistenz das Letzte an Arbeitskraft aus dem Volke herauszupressen.

Zu den brennenden Fragen, die auf der Tagesordnung des 20. Parteitages in Moskau standen, gehörte der *Nachwuchsbedarf an qualifizierten Arbeitskräften* für die verschiedenen Zweige der Sowjetwirtschaft. Vor und nach dem Parteitag beschäftigten sich Presse und Rundfunk intensiv mit diesem Problem. Die Zeitschrift *«Kommunist»* schrieb in einem Leitartikel bereits vor Beginn des Parteitages:

«Unermüdlich sind die Sowjetmenschen im Geiste der kommunistischen Moral zu erziehen. Der gewaltige Aufschwung auf allen Gebieten der sozialistischen Produktion erfordert eine immer breitere Heranziehung neuer Kader für Industrie, Verkehr und Landwirtschaft; er erfordert eine Umstellung des Arbeitseinsatzes auf dem Gebiet der Verwaltung und der Produktion.»

In einer weiteren Ausgabe stellt die Zeitschrift *«Kommunist»* fest:

«In einzelnen Kreisen, insbesondere unter der Jugend, ist eine Abneigung

gegen körperliche Arbeit festzustellen. Manche junge Leute halten es nach Beendigung der Mittelschule für entwürdigend, in einer Fabrik oder einer Kollektivwirtschaft zu arbeiten.»

Im Gegensatz zu den ersten Nachrevolutionsjahren, gelangte die Sowjetregierung zu der bitteren Erkenntnis, daß der Anreiz unter der Jugend, ein Handwerk zu erlernen, bedeutend geringer geworden war. So sah sich die Sowjetregierung gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Jugend zum Eintritt in die Betriebe, Kolchosen und Staatsgüter zu zwingen. In den Direktiven zum 6. Fünfjahresplan der Volkswirtschaft der Sowjetunion für die Jahre 1956 bis 1960 wird gesagt: Der Übergang aller Zweige der Volkswirtschaft zu einer neuen, in technischer Hinsicht höheren Stufe erfordert in gesteigertem Maße die Vorbildung hochqualifizierter Arbeiter und Spezialisten, die die moderne Technik beherrschen, um das Tempo des Produktionswachstums zu beschleunigen. Für die ausreichende Beschaffung von qualifizierten Arbeitskräften sah sich die Regierung und Partei zu folgenden Maßnahmen gezwungen: Es ist die allgemeine mittlere Schulbildung durchzuführen in den Städten und ländlichen Bezirken, durch die Erziehung der Jugend in den Allgemeinbildenden Mittelschulen (zehn Klassen) und Spezialmittelschulen. Es ist die polytechnische Schulung in den Allgemeinbildenden Mittelschulen auszubauen, indem die Lernenden mit den wichtigsten Zweigen der modernen Industrie und Landwirtschaft bekannt gemacht werden. Es ist der Lehrplan auf die für die Allgemeinheit nützliche Arbeit engstens abzustimmen und bei der heranwachsenden Jugend die kommunistische Haltung gegenüber der Arbeit zu entwickeln.

Die Frage des technischen Nachwuchses

ist so wichtig, daß der Vorsitzende des Ministerrates, *N. Bulganin*, schon im Jahre 1955 auf einer Plenarsitzung des ZK erklärte:

«Für die Leistungssteigerung ist der Stand der technischen Ausbildung, der Kultur und Erziehung der Arbeit von ausschlaggebender Bedeutung. Aber die Technik bleibt nicht stehen, sondern vervollkommnet sich ständig, daher muß sich die Qualifikation der Arbeiter steigern. Jedoch ist die Schulung der Arbeiter in vielen Fällen von geringer Qualifikation. Die Lehrpläne, die Lehrmittel und die Ausbildungsmethoden sind in hohem Maße veraltet. Sie berücksichtigen nicht die Veränderungen der letzten Jahre in der Technik und Technologie der Produktion, sie werten nicht in genügendem Maße die Errungenschaften der Neugestaltung in den Produktionsmethoden aus. Es ist notwendig, in erhöhtem Maße die Qualität der Werkschulung zu steigern, die Schulen und Kurse mit qualifizierten Lehrkräften sowie mit erstklassigem Lehrmaterial und guten Lehrbüchern zu versorgen.»

Hören wir einmal den Parteisekretär *Chruschtschow* zu diesem Thema. Er sagte:

«In unserem Lande ist eine enorme Arbeit zur Ausbildung von Spezialisten auf allen Gebieten der Volkswirtschaft geleistet worden. Im Verlauf des 5. Fünfjahresplanes entließen die höheren Lehranstalten der Sowjetunion mehr als 1 120 000 Spezialisten, das heißt um 72 Prozent mehr als im 4. Fünfjahresplan. Es verbesserte sich die Ausbildung von Spezialisten mittlerer Qualifikation. Vor uns steht aber die Aufgabe, die Lehranstalten umzugestalten, die Ausbildung so zu gestalten, daß die Lernenden während der Absolvierung ihres Lehrganges mit dem praktischen Leben verbunden werden. In stetem Kontakt mit der Produktion, mit konkreten Unternehmungen, Kolchosen und Staatsgütern sollen sie Impulse erhalten. Wenn wir die Ausbildung der Kader planen, müssen wir davon ausgehen, daß wir in naher Zukunft an die Spitze der Feldbebauenden und Traktorenbrigaden Agronomen und Mechaniker stellen und als Leiter von Tierzuchtfarmen geschulte Tierzüchter. Die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte hat unter dem einen Gesichtspunkt zu stehen: ‚Wir haben die Aufgabe zu lösen, pro Kopf der Bevölkerung mehr zu produzieren, um die wichtigsten kapitalistischen Länder einzuholen und zu überflügeln.‘»

Ein anderer Spezialist, Professor *Medinskj*, schrieb in seinem Buche «Die Volksbildung in der Sowjetunion» (Seite 144), daß bereits im Jahre 1951 3543 mittlere Berufsschulen bestanden und in ihnen 1 384 000 Menschen ausgebildet wurden, das heißt 38,5mal mehr als im Jahre 1914.

Aus der Rede *Georgi Malenkows* auf der Sitzung des Obersten Rates der Sowjetunion ist ersichtlich, daß bereits im Jahre 1956 mehr als 9 Millionen Arbeiter und Kolchosbauern in den verschiedenen Zweigen des Wirtschaftsystems zur Erhöhung der Fachausbildung geschult werden («Prawda» vom 27. April 1956).

In einem *Ukas* des Präsidiums des Obersten Rates der UdSSR lesen wir folgendes:

«8. Die Vorsitzenden der Kolchosen sind zu verpflichten, jährlich auf je 100 Kolchosmitglieder (Männer und Frauen zwischen 14 und 55 Jahren) auf Grund der Einberufungsordnung (Mobilisierung) zwei männliche Personen im Alter von 14 bis 15 Jahren für die Handwerker- und Eisenbahnerschulen und zwei männliche Personen im Alter von 16 bis 17 Jahren für die Fabrikwerkschulen abzustellen.

9. Die städtischen Räte der Arbeiterdeputierten sind zu verpflichten, auf Grund der Einberufungsordnung (Mobilisierung) jedes Jahr junge Leute männlichen Geschlechts im Alter von 14 bis 15 Jahren in die Handwerkschulen zur Fabrikwerkausbildung einzuweisen. Diese Zahl ist festzulegen durch den Ministerrat der Sowjetunion.

10. Es ist zu veranlassen, daß alle, die eine Handwerksschule, Eisenbahnerschule und Fabrikwerkschule absolviert haben, als mobilisiert gelten und verpflichtet sind, vier Jahre hintereinander in staatlichen Unternehmen zu arbeiten, und zwar nach Vorschrift der Obersten Leitung der

Arbeitsreserven beim Ministerrat der Sowjetunion. Die Vergütung erfolgt je nach dem Arbeitsplatz und nach den jeweiligen Lohnsätzen.»

Auf diese Weise wurde die Aufgabe eines weiteren Ausbaues der Industrie gelöst, die einen ständigen Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften für Minen, Gruben, Transportwesen, Fabriken und Werke, Kolchosen und Sowchosen verlangt. Ohne die ununterbrochene Auffüllung der Arbeitskader hätten alle oben erwähnten Unternehmen nicht ihre Produktion fortlaufend steigern können.

Trotz den sehr energischen Maßnahmen, die die Regierung ergriff, herrscht in den Betrieben noch weiter ein nicht zu stillender *Hunger nach qualifizierten Arbeitern*. Das erklärt sich daraus, daß die Facharbeiterlöhne zu niedrig liegen, so daß der materielle Anreiz verlorenging, eine langwierige Ausbildung auf sich zu nehmen. Zwischen den qualifizierten Arbeitern und Hilfsarbeitern besteht zwar ein Lohnunterschied, aber er bietet keineswegs bedeutende materielle Vorteile. Jeder Arbeiter muß auf irgendeine Weise geschickt laviieren, um mehr schlecht als recht auszukommen. Das war der Grund, warum sich die Sowjetregierung gezwungen sah, mit durchgreifenden Maßnahmen die Jugend zu zwingen, sich als Spezialisten ausbilden zu lassen. Infolge dieser Zwangsmaßnahmen flossen denn der Industrie auch Massen geschulter Arbeitskräfte zu.

In den oben erwähnten Schulen wird den Lernenden nicht nur ein begrenztes Spezialwissen vermittelt, sondern ihnen werden auch allgemeine technische Kenntnisse beigebracht, die sie befähigen, sich in allen Zweigen der Produktion besser zurechtzufinden und unter Umständen sogar leitende Aufgaben zu übernehmen. Diese Tendenz ergibt sich aus den *Lehrplänen*:

	Summe der Lehrstunden
I. Produktionsmethodischer Zyklus:	
Produktionslehrgang	2225
Spezielle Technologie	286
Elektrotechnik und Einführung	138
II. Allgemeintechnischer und allgemeinbildender Zyklus:	
Zeichnen	86
Mathematik	207
Physik	112
Russische Sprache	190
Politische Praktika	164
III. Körperliche Ertüchtigung	164
Gesamtsumme	3572

Von Zeit zu Zeit ergänzt die Sowjetregierung diese Grundbestimmungen.

Marschbefehl in die Berufsschulen

Ständig wird die Jugend durch eine umfangreiche Propaganda aufgefordert, sich zum *Besuch der Berufsschulen* zu melden. Vor Beginn des Schuljahres äußerte sich der Leiter der Hauptverwaltung des Amtes für Arbeitsreserven beim Ministerrat, *G. I. Selenko*, in einem Gespräch mit Vertretern der Lehrerzeitung:

«Zur Heranbildung hochqualifizierter Arbeiter in den verschiedenen Berufen und der mittleren technischen Laufbahn werden in diesem Jahre 250 Technische Mittelschulen eröffnet. Es handelt sich hierbei um einen neuen Typus der Berufsschulen, der auf der 10-Klassen-Schule basiert. In verhältnismäßig kurzer Zeit – im Zeitraum von ein bis zwei Jahren – erhält die Jugend auf der Grundlage der Mittelschulbildung die Möglichkeit, die verschiedensten Fachrichtungen einzuschlagen. Die Ausbildung wird sich auf mehr als 150 Berufe erstrecken.»

In sämtlichen Äußerungen der Verantwortlichen des Sowjetstaates ist aber keine Rede davon, daß sich die Jugend die eine oder andere Handwerker- oder Technische Schule selbst auswählen kann. In den oben erwähnten Erlassen wird nicht zufälligerweise unterstrichen, daß die Einweisung in die Handwerker-Mittelschulen als *Mobilisierung* zu werten ist. Genau so wie die Einberufung in die Sowjetarmee obligatorisch ist und keine Abweichung von den jeweiligen Bestimmungen zuläßt, so ist auch die Einziehung in die Handwerker-Mittelschulen eine staatsbürgerliche Pflicht. Auf Neigungen und Wünsche der Lernenden wird keine Rücksicht genommen.

Ausnützung der Lehrlinge für die Produktion

Der Leiter der «Verwaltung der Arbeitsreserven» hat sich in einem anderen Gespräch auch über einige Eigenarten der Lehrstätten für Berufsausbildung geäußert: «Die Technischen Mittelschulen basieren auf der Rentabilität der Unternehmen, Bauvorhaben, Maschinen-Traktorenstationen und Staatsgüter. Bis zu 70 Prozent der Lehrzeit werden die Lernenden in den Werkstätten und in der Produktion tätig sein.»

Das heißt, die Arbeitskraft der in Ausbildung befindlichen Jugendlichen soll gleichzeitig schon für die laufende Produktion ausgenutzt werden.

Auch die Gewerkschaftszeitung «*Trud*» beschäftigte sich in der letzten Zeit intensiv mit der Frage der Berufsausbildung:

«Höchst bedeutsame Aufgaben liegen auf dem Gebiet der Erziehungsarbeit der Jugend. Die Lehranstalten der Arbeitsreserve, darunter auch die Technischen Mittelschulen, vermitteln ihren Zöglingen ja nicht nur Anregungen für ihren Beruf, sondern erziehen auch die kommende Generation der Arbeiterklasse . . . Je mehr sich die Technik der sozialistischen Unternehmen vervollkommnet, um so mehr wächst das Bedürfnis nach Arbeiterkadern, die über einen weiten Horizont und eine gute Allgemeinbildung verfügen.»

In einem anderen Artikel der Zeitung «*Trud*» lesen wir:

«Die Berufsorganisationen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Jungen und Mädeln während ihrer praktischen Lehrzeit in den Betrieben alle Aufmerksamkeit und Sorgfalt von seiten der in der Produktion Stehenden zuteil wird, damit sie sich in ihrem Beruf vervollkommen können. Außerordentlich wichtig ist die Aufgabe der Berufsorganisationen, die an den Technischen Mittelschulen bestehen. Sie werden dazu aufgerufen, alle Lernenden als Mitglieder in die Gewerkschaft aufzunehmen, sie zu einer aktiven Gemeinschaftsarbeit heranzuziehen, zu verantwortungsbewußter Disziplin zu erziehen, das Streben der Jugend darauf zu richten, fundierte und eingehende Kenntnisse zu erwerben. Die Berufsorganisationen müssen große Aufmerksamkeit der politischen Erziehung und der Kulturmassenarbeit unter den Schülern widmen. Den Technischen Mittelschulen steht als einer neuen Form der Technischen Berufsausbildung eine große Zukunft bevor . . .

Seitdem die ‚Lehranstalten der Arbeitsreserve‘ gegründet wurden, haben sie für die sozialistischen Betriebe mehr als 7 000 000 junge qualifizierte Arbeiter herangebildet.»

Die Sowjetführung richtet ihr Augenmerk nicht nur darauf, qualifizierte «Kader» auszubilden, sondern die Qualität der Ausbildung selber ständig zu steigern.

Die Zeitung «*Komsomolskaja Prawda*» vom 26. Februar 1956 schreibt:

«Die Studierenden der Speziallehranstalten müssen mit den letzten Errungenschaften der vaterländischen und ausländischen Wissenschaft und Technik gründlicher vertraut gemacht werden.»

Die Mittel, die die Sowjetregierung für die *Hochzucht* technischen *Nachwuchses* aufwendet, sind geradezu enorm. Auf der Sitzung des Obersten Rates der Sowjetunion erklärte der Finanzminister Sweren den Delegierten in seinem Bericht: «Für die Ausbildung der Kader sind 1956 23,5 Milliarden Rubel vorgesehen.» Für die Ausbildung der Kader für das Jahr 1957 sind sogar 25,5 Milliarden Rubel vorgesehen. Durch Gründung neuer Technischer Mittelschulen und durch Umwandlung vieler 10-Klassen-Schulen in berufsvorbereitende Fachschulen ist in der Sowjetunion eine große Anzahl Mittlerer Lehranstalten entstanden, die sich mit nichts anderem als der Heranzüchtung von Facharbeitern und technischen Funktionären befassen.

Ein Netz von technischen Mittelschulen umspannt die ganze Sowjetunion. Es greift bereits über deren Grenzen hinaus, denn auch in den Satellitenstaaten – sogar in der deutschen Sowjetzone – hat dieses System inzwischen Schule gemacht.

Innerhalb der Sowjetunion sind Technische Mittelschulen in 152 Großstädten entstanden. Auf dem flachen Land sind 13 Arbeitersiedlungen und Dörfer, mit solchen Schulen als Mittelpunkt, gegründet worden. Mit dem 1956 begonnenen 6. Fünfjahresplan soll vor allem in den östlichen Gebieten dieses Berufsschulnetz verstärkt werden. Sehr interessant ist in dieser Hin-

sicht ein neues System, das in einer Reihe Allgemeinbildender Schulen in der Ukraine zur Anwendung kommt. Die Lehrerzeitung vom 11. Februar 1956 schreibt darüber:

«In 259 10-Klassen-Schulen der Ukraine sind Sonderklassen geschaffen worden, in denen die Schüler zusätzlich eine praktische Berufsausbildung durchmachen.»

Die Schüler haben also innerhalb des Unterrichtsplanes in Fabriken und anderen Produktionsbetrieben praktisch zu arbeiten.

Mit der Schaffung von Schulen dieses Typs, so heißt es im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Ukraine, «ist ein neuer Schritt zur Gleichschaltung von Jugenderziehung und produktiver Arbeit gemacht worden». Das Zentralkomitee der KP der Ukraine und der Ministerrat der Republik wollen in allernächster Zeit noch in einer Reihe von weiteren Schulen «Sonderklassen» schaffen.

Wie aus dem angeführten Beispiel ersichtlich ist, sucht man die «Spezialausbildung» an den oberen Klassen der Allgemeinbildenden Schulen auf die jeweils örtlich vorhandenen Wirtschaftszweige abzustellen. So werden zum Beispiel im Ackerbaugebiet von Belorezkow Agronomen ausgebildet, im Gebiet von Polesje und Butschad, wo vorwiegend Viehzucht getrieben wird, wird man Viehzüchter und Veterinäre ausbilden, in Dnjepropetrowsk, einem bedeutenden Industriezentrum, vermittelt man den Schülern eine Spezialausbildung als Metallurgen, Techniker und Mechaniker.

Auf Grund dieses Beschlusses der Ukrainischen Regierung wird die Schulzeit sogar um ein Jahr verlängert, in Einzelfällen, in denen die Ausbildung noch schwieriger ist, bis zu eineinhalb Jahren. Mit anderen Worten, die gesamte Schulzeit auf einer solchen spezialisierten Schule wird auf elf bis elfeinhalb Jahre verlängert. Die zusätzlichen Spezialkurse sind nicht allein auf theoretische Fächer beschränkt, in den Lehrplänen ist praktische Arbeit in Werken, auf Traktorenstationen, den Kolchosen und Staatsgütern vorgesehen, die während der Sommerferien durchgeführt wird. Bezeichnend ist die Tatsache, daß «alle Absolventen von Mittelschulen ein Produktionspraktikum in den Traktorenstationen oder in den Brigaden der Kolchosen, in Werken und Fabriken ableisten müssen. Nur dann, unter dieser Voraussetzung wird das Reifezeugnis und eine Charakteristik der Absolventen über ihren Schulbesuch und ihr Praktikum in der Produktion ausgestellt.» (Lehrerzeitung «Utschitjelskaja Gasetta» vom 8. Februar 1956.)

Daß unter der Jugend, die durch ein solches System unter Druck gesetzt ist, ziemliche Unzufriedenheit herrscht, gibt selbst die offizielle Presse indirekt zu.

Das Zentralorgan der Partei, die Zeitschrift «Kommunist», rechtfertigt diesen Zustand mit den Worten:

«Es ist ein heillos Vorurteil, an dem eine Reihe von Menschen krankt,

als wäre die körperliche Arbeit für den Menschen erniedrigend. Das ist das Erbteil des kapitalistischen Systems mit seinem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit.» («Kommunist» Nr. 13/1954.)

Widerstand bei der Jugend

Die jüngsten Maßnahmen der Regionalregierungen in den einzelnen Republiken der Sowjetunion stoßen auf *Widerstand* von seiten der betroffenen Jugend. Um diese Maßnahmen zu rechtfertigen, äußerte sich in der Presse kürzlich der Kultusminister der Moldau-Republik, *A. Baranowski*. Er schreibt:

«Um die Schüler mit der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit vertraut zu machen, ist es notwendig, in den Lehrplan, sogar der Dorfschulen, ein neues Fach aufzunehmen – die Grundlagen der Landwirtschaft. Man kann sich nicht mit jenen Genossen einverstanden erklären, welche die Ansicht vertreten, daß die Einführung eines solchen Lehrfaches einen Verlust für unsere Allgemeinbildung bedeutet. Es ist bekannt, daß unsere sowjetische Allgemeinbildende Schule den Zöglingen nicht nur einfach eine allgemeine Bildung zu vermitteln hat, sondern eine Allgemeinbildung, die mit einer Erziehung zur Arbeit verbunden ist. Wir haben in der Schule gebildete, arbeitswillige Menschen heranzuziehen – die Erbauer der kommunistischen Gesellschaft.»

Natürlich ist das nicht die persönliche Meinung des Kultusministers der Moldau-Republik. Zitieren wir einmal die Worte des Leiters der Verwaltung der Schulen, des Kultusministeriums der Ukrainischen Republik, *Siwetz*. Er stellt eine kategorische Forderung auf: In den oberen Klassen ist ein Kursus über die Grundlagen der Agronomie, der Viehzucht und Mechanisierung der Landwirtschaft einzuführen. Unbedingt ist auch ein Produktionspraktikum in den Kolchosen zu organisieren; das hilft dem Schüler künftig in der Berufswahl. In den Sommermonaten können die Schüler der oberen Klassen, denen theoretisch der Traktor erklärt wurde, in den Traktorenbrigaden arbeiten, andere in den Tierzuchtfarmen, in den Gemüseplantagen, in den Werken, Fabriken usw. Trotz allen Antreibermaßnahmen geht die «Polytechnisierung» der Schulen nicht in dem von den Regierungsstellen gewünschten Tempo voran.

Die Kollektivführung des Sowjetreiches wünscht, daß ihre Direktiven rasch und rücksichtslos in die Tat umgesetzt werden. Die Berufsumschulungspolitik findet ihre praktische Durchführung in folgender Form: «Das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium der Staatsgüter der Ukrainischen Republik gaben ihr Einverständnis zur Abtretung von 700 Traktoren sowie einer großen Zahl von Maschinen, Instrumenten und technischen Ausrüstungen an die Schulen.» Und weiter: «Im laufenden Schuljahr hat das Kultusministerium von Armenien probeweise zehn Volksschulklassen landwirtschaftlich spezialisiert.» (Lehrerzeitung vom 11. August 1956.)

Die «Polytechnisierung» der Schulen

ist nichts Neues; schon seit den ersten Tagen des Bestehens des Sowjetstaates sind sehr viele Bestimmungen und Erlasse der Regierung zu dieser Frage herausgegeben worden. Die Eigenart der letzten Bestimmungen besteht darin, daß die Schulen jetzt als Basis zur Vorbereitung qualifizierter Kader für Landwirtschaft und Industrie zu dienen haben. Von der Berufsausbildung wird nicht nur die Stadtjugend betroffen, sondern auch die gesamte Landbevölkerung der Sowjetunion. In einem Sondererlaß der Regierung sind dreijährige Lehrgänge als Spezialkurse für die Kader der Kolchosen und Staatsgüter, bereits seit 1950, nach einheitlichem Lehrplan bestimmt und eingeführt. Praktisch muß also jeder Kollektivbauer durch die Spezialschulen die entsprechende Fachausbildung erhalten. Das Programm des ersten Lehrjahres sieht einen Lehrgang für die Kolchosenarbeiter vor, dessen Ziel die Erlangung eines Minimums an Kenntnissen in Ackerbau und Viehzucht ist. Das Programm des zweiten Jahres ist abgestellt auf die Ausbildung von «Meistern II. Grades», die die Spezialkenntnisse zu erwerben haben, um hohe Ernten zu erzielen. Das Programm des dritten Jahres sieht die Ausbildung von «Meistern I. Grades» vor, die als eine Art Vorarbeiter andere Personen praktisch und theoretisch bei der Arbeit anzulernen haben.

Die Maßnahmen wurden bereits 1950 getroffen, also noch zu Lebzeiten Stalins.

Die sich pausenlos jagenden Verfügungen und Direktiven über die «Spezialisierung» der Mittelschulen, die von der Regierung kommen, erfassen die letzte Kolchose im Sowjetreich. Sehr aufschlußreich ist die Ausführung von *A. Marjan*, Vorsitzender der Kolchose «Pobeda» (Sieg) aus der Moldau-Republik:

«Woher sollen wir denn die Kader nehmen, die unsere vielverzweigte, hochmodernisierte Wirtschaft mit fähigen und gebildeten Menschen versorgen soll? In erster Linie aus der Schule! Dahin kommt man aus der Kolchose. Auf die Kolchosen, auf die Mutterscholle, sollen die Schüler auch zurückkehren. Leider geschieht das bisher sehr selten! Im Dorf Speja haben Hunderte von Jungen und Mädchen die 10-Klassen-Schulen (die 10-Klassen-Schule entspricht den westlichen Begriffen nach einem Gymnasium) beendet, aber noch keiner blieb in der Kolchose; keiner will in der landwirtschaftlichen Produktion arbeiten, alle wünschen, auf den Hochschulen weiterzustudieren oder in der Stadt zu arbeiten.»

Die *Landflucht*, über die *Marjan* klagt, soll durch die Direktiven des XX. Parteikongresses völlig ausgerottet werden. Die «Polytechnisierung» der Mittelschulen hat bereits in großem Ausmaße begonnen. Die Jugend wird in ein neues, groß angelegtes Zwangssystem gepreßt, um Arbeitsreserven für alle Zweige der Sowjetwirtschaft und in besonderem für die Landwirtschaft zu schaffen. Die Sowjetführung ist bestrebt, in kürzester Frist auf dem Wege

eines «friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbes» die wichtigsten hochentwickelten kapitalistischen Länder in der Erstellung der Produktion, gerechnet auf die Kopfbzahl der Bevölkerung, einzuholen und zu überholen. (Aus der Rede Bulganins.)

Die Sowjetführung *ignoriert* dabei völlig die natürlichen Wünsche und Bestrebungen der Menschen, indem sie sie wie eh und je zwingt, unter allen Umständen den Plan durchzuführen, wie ihn die Kreml-Gewaltigen aufzeichnen.

Das ganze System der Volksbildung ist bereits in einen Mechanismus verwandelt, der nach einem bestimmten Standardmuster die lebendigen Einzelteile der gewaltigen Regierungsmaschine fabrizieren soll. Die sowjetischen Berufsorganisationen, die als Treibriemen dem Interesse der Partei dienen, haben auf dem Gebiet der Berufsausbildung eine besondere Aufgabe erhalten. Über diese sagt *N. M. Schwernik*, der Vorsitzende der sowjetischen Gewerkschaften:

«Im Zusammenhang mit der Kürzung des Arbeitstages müssen die Gewerkschaften gemeinsam mit den Organen der Wirtschaft das Niveau der Schulung steigern, ebenso auch die Leistung aller Arbeiter, Ingenieure, Techniker und derjenigen, die mit Erfolg auf dem Gebiet der neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik arbeiten.»

Die Kürzung des Arbeitstages in der Sowjetunion wurde mit allen zur Verfügung stehenden propagandistischen Mitteln verkündet, besonders von seiten der Gewerkschaften. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Schwernik, vergaß aber davon zu reden, daß die um zwei Stunden gekürzte Arbeitszeit der arbeitenden Masse keinen Vorteil bringt, denn die Arbeiter dürfen während dieser zwei Stunden nicht zu Hause sitzen, sondern müssen sie in theoretischen Vorträgen für ihre Fortbildung in den Vortragssälen und Laboratorien ihrer Betriebe verbringen.

J. W. BRUEGEL

Neues Licht auf die Politik des Dritten Reiches

Die bisher veröffentlichten Bände deutscher diplomatischer Dokumente aus der Hitler-Zeit und das Licht, das sie auf das Verhalten gewisser Repräsentanten der *Schweiz* dem Dritten Reich gegenüber werfen, haben bisher nahezu ausschließlich in der sozialdemokratischen Presse Beachtung gefunden. Unseres Wissens hat keine nicht-sozialdemokratische Zeitung oder Zeitschrift der Schweiz es bisher für nötig gehalten, zu dem Schweizer Funktionäre betreffenden Dokumentenmaterial kritisch Stellung zu nehmen. Auch der Bundesrat hat sich – abgesehen von der Flüchtlingspolitik – bisher in